

300 000 Franken zusätzlich für die Kitas

Nachtrag Nachdem die Stimmbürger den Zugriff auf den FAK-Topf für die Finanzierung der Kindertagesstätten verneinten, beantragt das Gesellschaftsministerium nun einen Budgetnachtrag, um das Nötigste zu stemmen.

Der ursprünglich budgetierte Staatsbeitrag zur Subventionierung der Kindertagesstätten entsprach der Höhe des Vorjahres. Damit kommt der Gesundheitsminister aber, beachtet er die Wünsche des Volkes, finanziell nicht durch. Deshalb wird er gezwungen, den Staatsbeitrag an die Kindertagesstätten zu erhöhen.

Elternbeiträge sollen erhöht werden

Das Ergebnis der Volksabstimmung zur Initiative «Familie und

Beruf» bedeutet nämlich, dass keine zusätzlichen Mittel aus der Familienausgleichskasse für die Kitas fliessen und die bisher anerkannten, aber nicht geförderten Kitas über andere Kanäle subventioniert werden müssen. Wenn nun mit einem gleich bleibenden Staatsbeitrag eine höhere Anzahl Plätze finanziert wird und keine anderen Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, muss der Elternbeitrag pro Betreuungstag stark angehoben werden. Das könnte insbesondere die etablier-

ten Betreiber und Nutzervon Kindertagesstätten in finanzielle Schwierigkeiten bringen. «Das Ministerium für Gesellschaft klärt derzeit die Möglichkeiten einer Anpassung der Elternbeiträge insbesondere bei höheren Einkommen ab», schreibt das Ministerium in einer Medienmitteilung.

Bewegung aller Seiten gefordert

Für die Lösung des Problemkreises rund um die Kindertagesstät-

ten müssten sich alle Seiten bewegen. Aus diesem Grund beantragt die Regierung die Erhöhung der staatlichen Subventionen für die Kita-Einrichtungen um 300 000 Franken.

Neben dieser kurzfristigen technischen Behebung der Ungleichbehandlung der Kita-Betreiber sei das Ministerium für Gesellschaft derzeit damit beschäftigt, eine Bedürfnisabklärung bei den Betroffenen zu erstellen. «Hierzu werden zurzeit mit den verschiedenen An-

spruchsgruppen Gespräche geführt. Ziel ist es, zeitnah mittels Umfrage die Wünsche und Bedürfnisse der direkt Betroffenen, nämlich der jungen Familien, zu erheben», heisst es vom Gesellschaftsministerium. Liegen diese Erkenntnisse vor, soll in grosser Runde mit allen Beteiligten über die Umsetzung konkreter Massnahmen gesprochen werden, «wie die Vielfalt der verschiedenen Familienmodelle bestmöglich gefördert und unterstützt werden kann». (iKr/mw)